

# Deklaration

## zum 70. Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. und 6. August 2020

Anlässlich des 70. Jubiläums der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die am 5. August 1950 unterzeichnet und am Folgetag vor dem Neuen Schloss in Stuttgart verkündet wurde, hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen folgende Deklaration verabschiedet:

Vor 70 Jahren, in einer Zeit großer sozialer und wirtschaftlicher Not, haben wir deutschen Vertriebene und Flüchtlinge mit unseren Verbänden die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verfasst und verkündet.

Darin setzten wir ganz bewusst ein national wie international sichtbares Zeichen gegen eine weitere Eskalation der katastrophalen Gewalt- und Unrechtspirale. Diese hatte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begonnen und mit dem von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieg, dem Holocaust sowie in der Folge mit Flucht und Vertreibung grausame zivilisatorische Tiefpunkte gefunden.

Darin legten wir den Grundstein für die Linderung unserer größten Not und stellten uns die Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands zur Aufgabe. Unsere selbst mitgestaltete Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft trug maßgeblich zur Sicherung des sozialen Friedens bei.

Darin definierten wir das Recht auf die Heimat als ein von Gott der Menschheit geschenktes Recht und gaben sowohl unserem eigenen Einsatz gegen Flucht, Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit als auch dem internationalen Kampf gegen Flucht

und Vertreibung eine menschenrechtliche Basis.

Darin zeichneten wir eine der ersten modernen Visionen eines freien, geeinten und friedlichen Europas, in dem allein sich das Recht auf die Heimat für alle Menschen und Völker umsetzen lassen würde. Dieser europäischen Vision galt unser Einsatz von Beginn an.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen wurde gleichsam zum „Grundgesetz“ unserer Arbeit. In der Zeitlosigkeit ihrer Inhalte hat sich diese Bedeutung bis heute erhalten. Daher bekennen wir uns auch 70 Jahre nach ihrer Entstehung zu ihren Grundsätzen und fordern:

1. Vertreibungen sind nach wie vor ein Weltproblem. Dem Recht auf die Heimat muss in Europa und weltweit auch durch strafbewehrte Vertreibungsverbote Geltung verschafft werden. Außerdem gilt es, verstärkt internationale Strategien zu entwickeln oder weiter zu fördern, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen in ihrer Heimat heute bedrohter Menschen, Volksgruppen und Völker zum Ziel haben.
2. Die grenzüberschreitende verständigungspolitische Arbeit, die wir deutsche Heimatvertriebene und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, aber auch die deutschen Minderheiten in den Heimat- und Siedlungsgebieten leisten, trägt bis heute Früchte. Sie befördert den europäischen Einigungsprozess, wirkt friedens- und zukunftssichernd und hat die Vertriebenen ihrer Heimat wieder näherge-

bracht. Daher gilt es, politische Rahmenbedingungen so zu setzen, dass diese Arbeit fortgesetzt werden kann.

3. Zum Recht auf die Heimat bereits vertriebener Völker und Volksgruppen, also auch der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen, aber auch von Volksgruppen, die als Minderheiten in ihrer Heimat leben, gehören Möglichkeiten, des eigenen Schicksals zu gedenken und die eigene Geschichte zu bewahren sowie die sprachliche und kulturelle Identität zu pflegen und zu erhalten. Dazu bedarf es gesicherter Rechte und einer zukunftsfesten Förderung durch die Heimatländer. Auch Deutschland kann sich hier noch stärker engagieren.
4. Unterscheiden sich auch die Umstände, so ist doch die selbst mitgestaltete Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler eine Erfolgsgeschichte, die für Flüchtlinge und Migranten unserer Tage Vorbildcharakter haben sollte. Wo eine aktive Beteiligung an Integrationsprozessen gefordert wird und diese einhergeht mit der heute möglichen Unterstützung zur Traumabewältigung, kann der Weg in eine erfolgreiche Zukunft am Ankunfts- und Zufluchtsort geebnet werden.

In der Umsetzung dieser Forderungen sehen wir wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Bewältigung der Folgen von Flucht und Vertreibung sowie für dauerhafte Stabilität und Frieden in Europa und in der Welt.

## Wo die Mauern noch deutsch sprechen

### Inschriften-Archäologie in Ober- und Niederschlesien

Unter diesem Titel findet am Dienstag, den 6. Oktober 2020, um 18.30 Uhr im Rahmen des Projektes Vergessenes Erbe/Vergessene Inschriften ein Vortrag von Dawid Smolorz, Projektbearbeiter und -koordinator, statt. Es handelt sich um eine Veranstaltung des Kulturreferates für Oberschlesien im Rahmen von „Podium Silesia – Beiträgen zur Geschichte Oberschlesiens“.

Nach 1945 fand in den früheren deutschen Ostgebieten eine sehr konsequent, auch wenn nicht überall mit gleichem Engagement durchgeführte „Entdeutschungsaktion“ statt. In Nieder- und Oberschlesien, in Pommern und in Ostpreußen fielen dieser Aktion jegliche deutschsprachige Informations- und Werbeaufschriften, Ladenschilder und Wegweiser zum Opfer. Nicht nur wurden auf diese Weise sechs Jahre brutaler deutscher Besatzung Polens abregiert. Man wollte damit auch alle möglichen Beweise dafür entfernen, dass die wiedergewonnenen Gebiete, so die offizielle Bezeich-

nung der früheren deutschen Ostprovinzen in der Volksrepublik Polen, in Wirklichkeit nicht ganz so urpolnisch waren, wie in der Propaganda verkündet.

Seit dem Fall des Kommunismus sind die sichtbaren Relikte der deutschen Vergangenheit keiner politisch motivierten Zerstörung mehr ausgesetzt. Wo heute Fassaden alter Bürgerhäuser und öffentlicher Gebäude bröckeln, erscheinen nicht selten Schilder längst nicht mehr existierender Geschäfte oder Restaurants. Allgemein gilt die Regel: Je schlechter der Zustand einer Stadt, desto größer die Chance, dass aus dem alten Putz wieder Spuren vergangener Zeiten hervortreten. Doch auch heute wecken die alten deutschen Inschriften in Polen Kontroversen. Gleichzeitig gibt es aber viele positive Beispiele, wo polnische Hausbesitzer, Wohnungsgemeinschaften oder kommunale Verwaltungen im Bewusstsein des historischen Erbes die alten deutschen Aufschriften renovieren oder hervorheben.

Das Projekt „Vergessenes Erbe/Vergessene Inschriften“ präsentiert ausgewählte deutschsprachige Schriftzüge aus Ober- und Niederschlesien – sowohl solche, die in der Nachkriegszeit nicht unwiederbringlich zerstört wurden, als auch jene, die in den letzten Jahren auf Initiative der jetzigen Hausbewohner restauriert wurden. Das Oberschlesische Landesmuseum ist am 6. Oktober bis 18.15 Uhr geöffnet, so dass vor dem Vortrag Gelegenheit zu einem Museumsbesuch besteht.

Dawid Smolorz, geb. 1971 in Hindenburg/Zabrze (Oberschlesien) ist Übersetzer, Regionalforscher, freier Journalist, Autor bzw. Co-Autor populärwissenschaftlicher Publikationen zur ober-schlesischen Problematik (u.a. „Grenzgänger. Erzählte Zeiten, Menschen, Orte“, „Schauplatz Oberschlesien“, „Oberschlesien aus der Luft“). In Kooperation mit dem Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz/Oppeln initiiert er Projekte zur regionalen Thematik. Er lebt in Gleiwitz.